

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 59, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Bezugsstellen Nr. 4087 a, 8. Nachtrag

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen um 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 6.

Dienstag, den 8. Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Bericht der Handelskammer für 1900.

II.

AK. Von politischen Fragen, welche der Bericht noch erwähnt, sei zunächst die Kohlennot hervorgehoben. Die Handelskammer nimmt ganz und gar den preussischen Ministerstandpunkt ein, daß es sich um eine „vorübergehende Erscheinung“ handle, angesichts derer es verfehlt sei, Vorschläge wie die Verstaatlichung von Kohlenförderung und Kohlenhandel ernst zu nehmen. Auch den Plan der Aufhebung der standstilligen Ausfuhr-Ausnahmetarife, die dem Auslande billigere deutsche Kohlen sichern, als uns selbst, verwirft sie. Sie meint: „Schließlich hat doch die Erkenntnis gesiegt, daß es besser sei, um eines allerdings vorhandenen augenblicklichen Notstandes willen, welcher in erster Linie durch bedeutenden Mehrverbrauch für die Zwecke der Industrie hervorgerufen ist, nicht altbewährte Absatzbeziehungen, welche auf diesen Ausnahmetarifen basieren, aufzugeben und durch solche Maßnahmen die Sphäre der einzelnen Märkte zu einander zu verschieben.“

Diese altbewährte Begünstigung des Auslandes ist ein schlechter Trost für die Deutschen, welche sich ihrer in ungeheizten Kammern erfreuen dürfen!

Nicht vergessen sei bei dieser Gelegenheit, daß die Handelskammer, sich in unverantwortlicher Leichtgläubigkeit auf die Lügen der böhmischen Grubenvampyre stützend, zu der Behauptung gelangt, die Braunkohle habe infolge des großen Bergarbeiterstreiks in Böhmen im Frühjahr eine bedeutende Preissteigerung erfahren. Es wäre doch für eine Körperschaft, die über gewiß ausgezeichnete Verbindungen verfügt, ein Leichtes gewesen, die Wahrheit zu ermitteln, daß nämlich trotz der unverschämten Preistreiberien der Grubenbesitzer die armen Bergarbeiter keinen Pfennig Lohn-erhöhung erhielten.

Einen breiteren Raum beansprucht im Bericht die Abwehr der agrarischen Bestrebungen, wiewohl die bemerkenswerthe Schärfe, durch welche sich bei Behandlung dieser Frage andere Berichte erfreulicherweise auszeichnen, vermisst werden muß.

Ueber das Fleischbeschaugesetz heißt es, daß die bezüglichen Verhandlungen „nach harten Kämpfen wenigstens zu Bestimmungen führten, die den Handel nicht so empfindlich schädigten.“ Jede Beschränkung der Fleischzufuhr sei „wegen der Verschärfung der Volksernährung bedauerlich.“ Daß durch das Gesetz aber gerade das hiesige Schlachtgeschäft doch ganz erheblich geschädigt wird, ergibt sich aus einem den Verkehr mit Dänemark behandelnden Satze, welcher lautet: „Der seewärtige Viehimport aus Dänemark erfuhr erfreulicherweise eine Verlesung, wenn auch noch nicht die Ziffern früherer Jahre erreicht wurden. Unter dem Einfluß des neuen Fleischbeschaugesetzes ist zu unserem Bedauern die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren bedeutend zurückgegangen.“ Man versteht jetzt noch besser den verdächtigen Eifer, mit dem Herr Lausten in der letzten Bürgerchaftssitzung die Vergrößerung des Schlachthauses zur Rechtfertigung seiner Politik der geschlossenen Klappen auszubuten suchte!

Ueber die Handelsverträge läßt der Bericht sich nur in bescheidenem Maße aus. Die Vorarbeiten für die Neuregelung der Handelsverträge würden vertraulich verhandelt. Insbesondere habe die Handelskammer sich auf das lebhafteste für die Beibehaltung der zinsfreien Zollkredite, der Transitläger und des jetzigen Prinzips der Tarabarrechnung ausgesprochen. Sie habe Gelegenheit genommen, der beantragten Erhöhung des Zolles auf gefasene Heringe energisch entgegenzutreten. Den neugegründeten Handelsvertragsverein werde sie unterstützen als alte Vertreterin der freihändlerischen Entwicklung unserer Handelsbeziehungen und der „bewährten“ Zollsätze für die notwendigen Lebensmittel, auch werde sie ihrerseits nach Möglichkeit dahin wirken, allgemeine Aufklärung über die wichtigen Fragen der nächsten Zukunft herbeizuführen.

Daraus läßt sich viel — auch wenig herauslesen. Von Arbeiterchutz- und Versicherungs-gesetzgebung spürt man heuer noch weniger, als

sonst. Nur die Seemannsordnung wird beiläufig erwähnt.

Wir nehmen in letzterem Falle zur Ehre der Handelskammer an, daß sie gleich uns das cynisch-heuchlerische Gebahren des Rheberklüngels vom Schlage Laeisz auf das entschiedenste verdammt und wie jeder Mensch, in dem noch nicht der letzte Funke von Schamgefühl ersticht ist, es weit von sich weist, den Grundsatz „Mundus vult decipi“ anzuwenden bei Gelegenheiten, wo es gilt, werththätige Nächstenliebe den Krüppeln, Wittwen und Waisen zu beweisen.

Daß sie der Seemannsordnung gegenüber ganz auf dem antiquirten, unsozialen Societätsstandpunkt steht, wissen wir leider von früher; wir können deshalb ihre Schweigsamkeit in diesem Punkte nur als eine allzu beredte bezeichnen.

Im Großen und Ganzen bietet also hinsichtlich Welt- und Sozialpolitik der Bericht das alte Bild. Nur hier und da glänzt der Firnis etwas anders, als sonst.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Beziehungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum Staatssekretär Grafen Posadowsky scheinen sich im Handumdrehen wieder gebessert zu haben. Der Generalsekretär des Verbandes, Herr Bueck, der vor einigen Tagen die heftigsten Ausrufe gegen den Staatssekretär richtete, erklärt jetzt eine zweite Erklärung, in der er zunächst den in der konservativen Presse ausgesprochenen Verdacht, daß das Bruchstück seines in der 12000 Mark-Angelegenheit geschriebenen Briefes von dem Zentralverbande oder ihm selbst der „Leipz. Volkszeitung“ zum Zwecke der Veröffentlichung in die Hände gespielt sei, um den Grafen von Posadowsky aus seiner Stellung zu entfernen, scharf zurückweist. Daran schließt Herr Bueck folgendes Loblied auf den Grafen von Posadowsky:

Daß Graf von Posadowsky bezüglich der Handelsverträge und Zollpolitik auf dem Standpunkte steht, den auch der Zentralverband einnimmt, ist von mir in meinem eingangs erwähnten Artikel scharf hervorgehoben worden. Im Zentralverbande herrscht unbedingt die Ueberzeugung, daß der Herr Staatssekretär hinsichtlich der künftigen Zolltarife diejenige mittlere Linie vertritt, deren Einhaltung den für das wirtschaftliche Gedeihen des Reiches absolut notwendigen Abschluß langfristiger Handelsverträge ermöglicht. Unter diesen Umständen kann nur böser Wille oder gänzliche Urtheilslosigkeit zu der Unterstellung gelangen, daß der Zentralverband oder dessen Geschäftsführung bestrebt sei, einen Minister von seinem Amte zu entfernen, der mit vollem Verständnis und seltener Energie und Kraft in der jetzt bedeutungsvollsten Frage der Zollpolitik, besonders aber in der Vorbereitung des Abschlusses künftiger Handelsverträge, dieselbe Richtung wie der Zentralverband verfolgt.

Der Zentralverband scheint demnach dem 12000 Mk.-Grafen, nachdem er ihn „ritterlich“ überwunden hat, den Todesstoß ersparen zu wollen. Man soll nicht sagen dürfen, daß der Scharfmacherverband den Grafen von seinem Ministerpiederstahl gestürzt habe.

Es fragt. Am 29. Dezember ist in London eine Spekulanten-Gruppe, an deren Spitze die London und Globe-Company steht, zusammengebrochen. Insgesamt sind 29 Börsenbesucher bankrott, ein Makler mit 10 Millionen, zwei andre mit je 5 Millionen Verbindlichkeiten. Die London and Globe-Company, an deren Spitze der ehemalige König von Indien Lord Dufferin steht, hatte ein Grundkapital von 40 Millionen Mark. Die Gruppe ungeheure Engagements in westaustralischen Goldminenaktien; diese erlebten gleichzeitig einen schweren Kursrückgang. Die Bank von England hat den Discout erhöht, und der deutsche Reichsbank wird nichts übrig bleiben, als diesem Beispiel zu folgen, zumal sich in letzter Woche die Metallvorräthe um 75 Millionen verringert haben. In New-York hat die günstige Konjunktur, die der großen Spekulation ungeheure Gewinne gebracht hat, bis Donnerstag angehalten. An diesem Tag schlug die Welle der Londoner Krachs nach Amerika hinüber, und es erfolgte ein schwerer Kurssturz in Eisenbahnaktien.

Die goldene Hand der De Beers Company. Die Angelegenheit der De Beers Company wird nun vor Gericht geprüft werden. Herr Dr. Liman erklärt in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ die Erklärung, daß er gegen die „Kölnische Zeitung“, da dieselbe sich weigere, gegen ihn gerichtlich vorzugehen, seinerseits die Verteidigungsaklage anstrengen werde. Zugleich

weist er gegenüber einigen, in der Presse erhobenen Einwürfen darauf hin, daß es sich um einen Bericht aus der zweiten Hälfte des Jahres 1899 handelt, der, wie eine vorliegende eidesstattliche Erklärung eines vertrauenswürdigsten Gewährsmannes besagt, ein gedrucktes Heft bildet, an dessen Spitze sich das Wappen der De Beers Company befindet. Der Bericht habe die Form der gewöhnlichen englischen Amtsblätter und enthalte die bereits der Öffentlichkeit übergebenen Zahlen. Er trage die Ueberschrift „Lionel Philipps“ und befand sich im Gouvernementsgebäude zu Pretoria, als er eingesehen wurde. Der Herr, der ihn in Gewahrsam hatte, sei Gouvernementsbeamter Snyter. — Der hier erwähnte Lionel Philipps, Vorsitzender der De Beers-Gesellschaft, ist Theilhaber der Firma Wernher-Zeit, ein intimer Freund von Cecil Rhodes, und war einer der Hauptverächter beim Jameson-Einfall.

Freisinniger Byzantinismus im Berliner „rothen Haus“. Die Mehrheit der Stadtverordneten hat Donnerstag 5600 Mk. bewilligt zur Vertheilung einer Sonaschen Schrift „200 Jahre preussischer Geschichte“ an die Böglinge der ersten und Oberklassen der Gemeindeschulen bei der Feier des 18. Januar d. J., der Feier der 200jährigen Erhebung Preußens zum Königreiche. Die Schrift ist noch gar nicht fertig, die Bewilligenden wußten also noch gar nicht, was darin stehen wird. Allerdings wird man sich darauf verlassen können, daß das Hohenzollerngeschlecht unter der im patriotischen Gesichtspunkte üblichen Vergewaltigung der historischen Wahrheit gehörig beweihräuchert werden wird. Unsere Genossen haben deshalb gegen die Bewilligung energisch Einspruch erhoben. Ihr Hauptsprecher Stadthagen hielt eine treffliche Rede, die freisinnigen Byzantiner antworteten mit Geheul und Verlegenheitsklagen. Der „Vorwärts“ berichtet über die Rede:

Soweit Hohenzollern thätig gewesen sind — ich spreche natürlich nicht von den lebenden — haben sie nichts gethan, was der Kulturbewegung oder der Größe Preußens oder Deutschlands dienlich gewesen wäre. (Stürmische Unterbrechung und anhaltender Lärm; der Vorsteher ertastet dem Redner einen Dorn im Auge.) Wenn die Bewegung von 1813—1815 in dem Buche erwähnt ist, wie verächtlich wird, ist auch der Bewegung nach 1815 gedacht, ist erwähnt, daß ein preussischer König, wie der jetzt von Poschinger veröffentlichte Brief Friedrich Wilhelm IV. beweist, die Stieberei und Dieberei, das Erdichten von Verbrechen von Polizei wegen begünstigt und anbefohlen habe?

Mit jenem Briefe ist bewiesen, daß der kommunistische Prozeß, der Lodenberg-Prozeß, auf Wank und Beiseit des damaligen Königs von der Polizei angezettelt worden sind, die Korruption der Polizei veranlaßt ist durch den damaligen König. Steht das in der Schrift? (Stürmische Heiterkeit und andauernder Lärm, der die Worte des Redners vielfach übertönt und erdrückt.) Steht in der Schrift von der Demagoguerie, die die Könige mit Wohlgefallen gesehen haben? Steht der Verfassungbruch nach 1848 darin? (Der Vorsteher unterjagt dem Redner, in dieser Weise fortzufahren; das sei schon mit Rücksicht auf die beengte Stellung der Versammlung zu politischen Diskussionen unstatthaft, aber er erlaube auch nicht, daß in solchen Wendungen über die Königshäuser hier gesprochen werde. Der Redner sollte sich mäßigen oder ihm werde das Wort entzogen.) Es darf in dem Buche nicht stehen, alles Gute kommt von Hohenzollern, sondern es muß Licht und Schatten gleich vertheilt sein. Und wo bleibt die Zurückdämmung der Kulturbewegung? (Uebermäßige Unterbrechung durch die Glocke des Vorstehers, der die Fortsetzung weiterer politischer Ausführungen mit der Tendenz, dem Königshause Nachtheiliges zu sagen, verbietet. Zurufe, gegen die Redner ihn in seiner Redefreiheit zu schützen bittet — Vorsteher: Sie haben genug Redefreiheit! — Redner: Nein! — Vorsteher: Ihr kriegen Sie nicht! Die stürmische Erregung der Versammlung dauert an.) Redner schließt mit einem Satz, der auf der Tribüne nicht verstanden wird, aber dem Redner einen zweiten Dorn im Auge einträgt.

Die Kosten des Getreidebaues setzen sich zusammen aus der Verzinsung des Bodenwerthes, den Kapitalzinsen, dem Arbeitslohn und den Steuern. Will man die Rentabilität des Getreidebaues in Deutschland, mit der in anderen Ländern vergleichen, so muß man untersuchen, wie sich diese Kosten in Deutschland zu denen in anderen Ländern verhalten. Professor V. Brentano führt diese Untersuchung in seiner soeben erschienenen Schrift „Das Freihandelsargument“ durch. Von Steuern ist die deutsche Landwirtschaft im letzten Jahrzehntum so sehr entlastet worden, daß von einer so hohen staatlichen Besteuerung, wie sie früher häufig behauptet wurde, nicht mehr die Rede sein kann. Der Arbeitslohn ist in Rußland zwar nominell niedriger, die Arbeitsleistung aber viel geringer als bei uns; der Wagnis- und

